

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

21 (22.5.1947)

neuen Ber- s; Oberbür- verner über- t. National- n Frankfurt

Karl Marx en Rheinl-

ranz, utopi- gestorben. eb Fichte, ren.

lzac, franz. eboren.

der Pariser

Maler, geb. Arbeiterfüh-

cher geb.

ngskongreß,

Eisenacher

zur Sozial-

Arbeiter-

ands.

geworden

sind

die sozial-

keine

kennt und

in sachli-

ch bessere

sozialde-

ng unmög-

politisch

gart

den ge-

zuvor

agen der

in Edin-

n Mann-

in diese

m Wagen

Mannheim

elle der

igten.

as ist rela-

ß mal auf,

Hier hast

von einem

(Leipzig),

der eine

will, sich

gen muß:

ter, 100 g

Kartoffeln,

Tomaten,

Zusammen

Siebst Du,

ite diese

wäre das

ngs-, son-

du jetzt,

il Deutsch-

esten

en uns

ärungen

schichten

entscheid-

unseres

gefor-

nt-

Abbau

Abbau

Abbau

# Badisches

# VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 21

Mannheim, 22. Mai 1947

Preis: 15 Pfg.

## Ernährungslage weiter kritisch:

### „Die Menschen hungern“!

Die „Neue Zeitung“ berichtet, daß die in London eingegangenen Darstellungen aus der britischen Zone sich zusammenfassen lassen in den Worten:

„Die Lage ist hoffnungslos und die Menschen hungern.“

Die Krise nehme an Schärfe täglich zu. Diese Feststellung trifft nicht nur auf die englische Zone, sondern auf die gesamte Westzone zu.

General Clay nahm am 14. Mai 1947 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt a. M. zu der kritischen Situation des Ernährungswesens eingehend Stellung. Die Lebensmittellage sei natürlich sehr ernst und sie werde auch in den nächsten 3-4 Wochen sehr kritisch bleiben. Die gegenwärtige tägliche Zuteilung betrage durchschnittlich 1100 Kalorien. Teilweise liege die Zahl jedoch nur bei 800 bis 900 Kalorien. General Clay versicherte, Amerika würde das nach Deutschland bringen, was es an Lebensmittel-Lieferungen versprochen habe. Die Vereinigten Staaten und England seien nicht verpflichtet, Lebensmittel zu senden, jedoch wünschen sie nicht, das deutsche Volk hungern zu sehen.

#### Nicht wegen dem Hunger?

Nach einer Meldung der „DENA“ haben amerikanische Industrielle, die die amer. Zone in Deutschland beliefen, bei ihrer Rückkehr folgendes erklärt: „Die USA müssen Deutschland schnellstens mit Nahrungsmitteln und Rohmaterial versorgen oder der Kommunismus wird sich früher oder später in Deutschland und dem restlichen Europa festsetzen.“

Wir glauben, daß Hilfeleistung notwendig ist, um Millionen Menschen vor dem Verhungern zu retten. Amerikanische Industrielle sind der Auffassung, daß Lebensmittelsendungen den Zweck haben, den Kommunismus zu verhindern!

#### Auch hier Kompensationsgeschäfte?

Wie die lizenzierte Presse meldet, fanden in Bayern Beratungen der

einzelnen Streiks der amerikanischen Zone durchgesetzt, um die Auswirkungen des Hungers herabzumildern. Gewerkschaften mit Ernährungsminister Dr. Baumgartner statt. Ueber die Besprechungen heißt es: „Die Gewerkschaftsführer haben sich bereit erklärt, Streiks und Demonstrationen zu verhindern, nachdem ihnen Minister Dr. Baumgartner versprochen hat, in der 4. Woche der 101. Periode die Brotration um 1000 Gr. zu erhöhen.“

#### „Haben wir genügend getan?“

In einem Artikel zur Ernährungslage lesen wir in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ die treffenden Fragestellungen:

„Haben wir, das Volk, alle Schritte unternommen, um Siedlungsland zu schaffen, um die Gutsbesitzer daran zu erinnern, daß ihre Zeit, in der sie zu bestimmen hatten, vorbei ist?“

Sind wir bis jetzt energisch vorgegangen gegen die Schieber und Schwarzhändler?

Haben wir Maßnahmen ergriffen, daß auch wirklich die Produkte her-

gestellt werden, die dringend notwendig sind, um die Ernährung zu sichern, um dem Landwirt die notwendigen Geräte und Arbeitsmittel zu geben?

Hat das Volk dagegen protestiert, daß ein großer Teil der erzeugten Güter gar nicht mehr zur Verteilung gelangt, sondern innerhalb der Industrie im Tauschwege kompensiert wird?

Haben wir als Volk unsere Pflicht getan, um die Bürokratie und die eingesetzten Behörden aus dem Sattel zu heben?“

In diesen Fragen liegt die Aufgabenstellung des werktätigen Volkes. In diesen Zielsetzungen haben wir den Sinn vieler Streiks und Kämpfe der Arbeiterschaft. Noch ist's in den Westzonen nicht erreicht! Schlange-Schönlingen macht weiter in seiner Politik. Der Hunger ist Tatsache und bleibt es, bis nicht in allen Punkten Wandel geschaffen wird und auf die gestellten Fragen mit Ja geantwortet werden kann. W.G.

#### Columbiawerk Weinheim entläßt Betriebsrat

### Streik der Belegschaft gegen Unternehmerwillkür

Selt Dienstag, den 13. Mai, befindet sich die Belegschaft der Firma „Columbia-Werke“ geschlossen im Streik. Anlaß zu diesem Streik war die Entlassung des zweiten Betriebsratsvorsitzenden, des Kollegen Schwöbel, mit der fadenscheinigen Begründung, daß er bei seiner Arbeit nicht mehr gebraucht würde.

Bezeichnend für die Scharfmacher-Methoden und den unsozialen Geist der Geschäftsleitung dieser Firma ist ein Schreiben an den Betriebsrat, in dem es heißt:

„daß die Arbeitnehmervertreter sich nicht in die Führung des Betriebes, in dem sie arbeiten, einmischen dürften“ und die Geschäftsleitung sieht eine solche Einmischung in der Ablehnung der Kündigung eines Arbeiters durch den Betriebsrat.

Diese Geschäftsleitung, in der noch der alte Nazizeit und der „Herr-im-Hause“-Standpunkt beheimatet ist, hat es auch

schon abgelehnt, mit dem Metallarbeiterverband zu verhandeln, der durch den Betriebsrat um die Vermittlung gebeten wurde.

Herr Dr. Giebel, der Betriebsleiter, ist bezeichnenderweise ein guter Freund von Dr. Schacht und war Aufsichtsrat der NSU. Das Vorgehen der

Betriebsleitung mit diesem Herrn an der Spitze ist ein

freches Attentat auf die Rechte der Betriebsräte.

Es geht hier um mehr als nur um die Entlassung eines „Betriebsrates“. Es geht hier um die einfachsten demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten. Es geht hier um den Versuch, den „Herr-im-Hause“-Standpunkt des Unternehmers wieder durchzusetzen und die Arbeiterschaft zu willenlosen Sklaven des Unter-

nehmers zu machen, wie einst in der Nazizeit.

Die Belegschaft der Columbiawerke ist in vorbildlicher Weise geschlossen und einheitlich der Provokation der Betriebsleitung entgegengetreten. Der Kampf der Columbiabelegschaft ist der Kampf aller Arbeiter und deshalb ist es notwendig, daß auch alle Arbeiter und Angestellten in Weinheim und darüber hinaus in Nordbaden, diesen Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln tatkräftig unterstützen.

### Dollarpolitik oder Geistesstörung?

Der frühere amerikanische Handelsminister Henry Wallace, der jetzt von einer Rundreise durch Europa nach Washington zurückgekehrt ist, sagte, er habe in Frankreich festgestellt, daß die Ankündigung der 400-Millionen-Dollar-Anleihe für Griechenland und die Türkei nur denjenigen eine Hilfe bedeutet, die die gegenwärtige französische Regierung zu stürzen wünschen.

„Ich denke, Amerika kann dem Frieden am meisten dadurch dienen, indem es amerikanische Dollars in Pflügen und Traktoren investiert, anstatt sie in Maschinengewehren, Flutzeugen und Tanks anzulegen.“

Ein anderer Amerikaner, ein gewisser Henry Rutz, Gewerkschaftsbeamter und konservativer „Arbeiterführer“ der in Deutschland wiederholt unliebsam aufgefallenen „American Federation of Labor“ (AFL), nebenberuflich Spezialist der amerikanischen Militärregierung für Arbeiterangelegenheiten im Range eines Majors, hat andere Ansichten. Auf der Maidunggebung der Hamburger Gewerkschaften hielt dieser sonderbare Gewerkschaftsführer eine üble Hetzrede, die jedoch in dem zu einem Orkan anschwellenden Protest der Maidemonstranten unterging. Er konnte daher nicht alle Teile seines Manuskriptes, dessen mutmaßlicher Verfasser, nach dem auf dem Briefbogen aufgedruckten Kopfzeichen zu schließen, der in Deutschland nicht unbekannt Dr. Rudolf Katz ist, verlesen. Er hatte nach seiner Vorlesung noch sagen wollen:

„Die AFL unterstützt ebenfalls die Regierung in Washington in der Frage von Griechenland und der Türkei. Wir weisen die Anschuldigungen

einer gewissen Linkspresse sowie einiger leicht geistesgestörter Liberaler zurück, die diese Unterstützung als ein Mittel zur Ausbreitung des amerikanischen „Dollar-Imperialismus“ bezeichnen.“

Hören wir dazu nochmals, was der „geistesgestörte Liberale“, der ehemalige Handelsminister Henry Wallace, in einer Rundfunkansprache am 1. Mai über alle Sender dem Volke der USA als Botschaft übermittelte:

„Solange Amerika fortschrittlich und friedliebend ist“, erklärte Henry Wallace von den Völkern Europas, „möchten sie Amerika nahe sein. Aber sie finden keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit einem Amerika, das den sozialen Fortschritt bekennt, das seine wirtschaftliche Macht dazu ausnützt, um die Welt zu spalten. Die Völker Europas haben die Truman-Doktrin mit Recht empfangen, weil sie in ihr den Weg sehen, der zum Kriege führt.“

### Machtvolles Bekenntnis zur SED in der britischen Zone

Am 16. Mai fand in Solingen der Landesparteitag der KPD für Nordrhein-Westfalen statt, der zu einem mächtigen Bekenntnis für die SED wurde. Der Parteikongreß beschloß einstimmig die Bildung der SED. Der Wiederaufbauminister Paul schlug vor, daß auch die Gäste des Parteitags abstimmen sollten. Für die SED stimmten 117 Mitglieder der SPD, 84 Parteilose, 7 CDU-Mitglieder, 5 FDP-Mitglieder und 4 Mitglieder des Komitees der Einheit. Der Zonenvorsitzende Max Reimann stellte fest, daß Dr. Schumacher der Hauptexponent gegen die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung im Westen ist. Ein anderer Delegierter erklärte unter stürmischem Beifall, „die Einheit in der Ostzone ist nicht durch die Bajonette der Russen geschaffen worden, und die Einheit bei uns wird nicht durch die Maschinen-gewehre kapitalistischer Mächte verhindert werden können.“ Die Berichte der einzelnen Delegierten gaben Zeugnis von der machtvollen Bewegung für die Einheit der Arbeiterklasse in den Industriegebieten der britischen Zone.

Unser Genosse Artur Brede schreibt uns aus einem russischen Kriegsgefangenenlager:



**Einheit Deutschlands!**  
Unsere Kriegsgefangenen wissen besser als unsere Bundesstaats- und Föderativpolitiker, was uns nützt. Mögen sie bald zurückkehren und mit uns und allen fortschrittlichen Deutschen kämpfen für die unteilbare, deutsche demokratische Republik!

### Das Chaos in der Wirtschaft

Von Willy Grimm

#### I. Deutsche Reaktion im Dienst internationaler Monopolgruppen

Der Zustand der Wirtschaft in den Westzonen ist in höchstem Grade besorgniserregend. An Stelle des lebensnotwendigen Neuaufbaus der Wirtschaft erleben wir Stagnation, ja mehr noch: den Sturz in die Tiefe. Gegenüber den bescheidenen Anfängen des vergangenen Jahres nicht ein Wirtschaftszweig mehr, dessen Produktionsziffern eine aufsteigende Linie zeigen. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens begegnen wir der Desorganisation. Das Chaos ist für das Gesamtbild der Wirtschaft charakteristisch, und im Ernährungssektor bewegen wir uns am Rande der Katastrophe.

Ohnmächtig scheinen wir dem Wachsen des Elends und der unermesslich werdenden Not gegenüberzustehen. Hoffnungslos, einer scheinbar blindwütenden Naturgewalt ausgesetzt, treiben wir dem Abgrund zu, und die Gefahr, in ihm zu versinken, wird mit jedem Tag drohender.

Was sind die Ursachen einer solch erschütternden Entwicklung? Der Ausgangspunkt in der Gestaltung des neuen deutschen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens war — wie noch nie in der Geschichte — denkbar schlecht. Die Bedingungen des Anfangs bestanden in der Erbschaft Hitlers, den Folgen des imperialistisch-faschistischen Verbrechens an den Völkern der Welt.

Auf die Improvisationen, die unmittelfar dem Zusammenbruch in Deutschland folgten, kam es zu bescheidenen Anfängen des wirtschaftlichen Lebens. Bescheiden, aber doch ein Beginnen, wenn auch noch weit entfernt von wirklichem Erfolg. Mit dem Ende des Jahres 1946 begann das Abgleiten, das Zurückfallen und Offenbarwerden einer katastrophalen Entwicklung. Nichts rechtfertigt die Hoffnung auf Besserung und Aenderung, wenn nicht Entscheidendes geschieht.

Die Volksfeinde sind bereits wieder am Werk. Konzernherren stehen an der Schalttafel der Wirtschaft. Sie „entflechten“, um erneut wieder die Voraussetzungen ihrer unheilvollen Herrschaft in nur geänderten Mächtigkeitsgruppen zu schaffen. Die Dinkelbach und Pferdengesetze treiben das reaktionäre Spiel als „Sozialisierungsbeauftragte“. Die Wirtschaft soll gar nicht funktionieren. Das Chaos ist Mittel, die Demokratie zu diskreditieren, zu vernichten, zu organisieren Hunger der Schlange-

#### Gewerkschaften der vier Zonen fordern Einheit

Auf einer Tagung der Gewerkschaften aller Besatzungszonen Deutschlands wurde eine Entschließung angenommen, in der als wesentlichste Punkte die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit, der Aufbau eines Systems gelenkter und geplanter Wirtschaft und die Vergesellschaftung der wichtigsten Schlüsselindustrien sowie der Kredit- und Versicherungsinstitute gefordert werden.

Die Entschließung enthält ferner Forderungen nach Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes und -lenkung, Hebung der Industrieprodukte Deutschlands für friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat genehmigten Umfang hinaus, Einstellung der Demontage von Industrieanlagen, Aufstellung und Durchführung eines Export- und Importplanes, Durchführung einer Bodenreform, Erfassung der für die Volksernährung notwendigen Agrarprodukte nach einem einheitlichen Ablieferungsplan, Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform, sowie einen gerechten Lastenausgleich für die Bevölkerung. Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes überbrachten Grüße und eine Einladung an die deutschen Gewerkschaften, als Gäste an der im Juni 1947 in Prag stattfindenden Sitzung des Zentralrates des Weltgewerkschaftsbundes teilzunehmen. Die deutschen Gewerkschaften sollen dort durch fünf Delegierte vertreten sein.

#### Wahre Erkenntnis: Erhöhung der Zuteilungen notwendig!

General Clay brachte zum Ausdruck, daß eine tägliche Zuteilungsböbe von 1800 Kal. absolut nötig sei. Bei der Festsetzung von Minimalzuteilungen müsse jedoch berücksichtigt werden, für wie lange eine solche Zuteilung erfolge.

In diesem Zusammenhang kam General Clay auf die Streiks zu sprechen. Er erklärte: „Zur Streikfrage möchte ich einen Punkt klarstellen. Wir werden keinen Streik gegen die Militärregierung zulassen. Von einer angeblichen Tendenz der KPD, wegen der Ernährungslage zu streiken, wisse er nichts.“

#### Mittlerweile gehen die Hilferufe an Amerika

Weiter. Ministerpräsidenten erklären, daß, wenn nicht bald durchgreifende Hilfe komme, niemand mehr zur verantwortlichen politischen Arbeit bereit sein wird. In fast allen Städten nehmen die Betriebsräte zu der unmöglich gewordenen Lage Stellung. Der Ruf erhebt sich, die Gewerkschaften und politischen Parteien sollen ihre Arbeit einstellen, wenn keine Besserung in der Ernährungslage geschaffen wird. Arbeitszeitverkürzungen wurden im Ruhrgebiet und in

#### AUS ALLER WELT

Die zehn Jahre seit der amerikanischen Besetzung durch die Arbeit von 350 deutschen Wissenschaftlern und Technikern, die in den Vereinigten Staaten ihre Forschungsarbeit fortsetzen, vorwärtsgebracht worden, gab das amerikanische Hauptquartier in Europa bekannt.

Die Besatzungsmächte der Vereinigten Staaten und die Tschechoslowakei haben die ungarischen Wahlen in der Regierung der Ordnung.

Die Regierung der Sozialistischen Franzosen mit nur 3239 Stimmen beschlossen.

Die demokratische Bewegung in China hat gleichwohl in der Nordzone begonnen.

Kämpfe in Nordgriechenland. Von Kreta werden Unruhen gemeldet.

Die Abkommen über den Ölverkehr im Irak, insbesondere im Irak, ist, wie die „Chicago-Stimmen“ berichten.

Die brasilianische Partei Brasiliens ist Arbeiterorganisationen „gesetzlich“ erklärt. Die Partei verfügte nach den in der Hauptstadt über

#### Marschall Tito gegen Imperialistische Propaganda!

Gelegentlich eines Interviews erklärte Marschall Tito zu den Auswirkungen der Truman-Rede über das Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei auf die slawischen Völker:

„Wir sind überrascht, daß Imperialisten und Reaktionen das Schlagwort vom

#### Kreuzzug gegen die kommunistische Gefahr

ausgeben, um damit gegen wahrhaft demokratische Nationen vorzugehen.“ Jedermann wisse, daß Hitler und Mussolini, die den Anti-Kominternpakt schlossen, dasselbe Schlagwort verwendeten, und daß sie hinter diesem Pakt ihre imperialistischen Kriegspläne verbargen. Wenn nun in den westlichen Ländern erneut zum Kampf gegen den Kommunismus aufgerufen werde, so sei dies auch nur eine

#### Tarnung für imperialistische Propaganda.

## ARBEITEREINHEIT BANNT DIE NOT!



Der Fall Umhey, Schwetzingen:

„Durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar“

Am 16. und 17. Mai 1947 fand vor der Strafkammer Mannheim das schon seit Anfang 1946 schwebende Verfahren gegen den ehemaligen Leiter des Wirtschaftsamt Schwetzingen, den Antifaschisten Fritz Umhey, seinen ersten Abschluß. Bekanntlich hatte Umhey im Jahre 1945 an Stelle von Kantoffel Brot, sowie Ueberbrückungsscheine zur Aufrechterhaltung der Ernährung ausgegeben, vor allen Dingen an Kinderreiche, Heimkehrer, Rückwanderer und Kriegsgefangene. Bei alledem ließ er sich bei seinen Anordnungen und Handlungen einzig und allein vom Interesse der Bevölkerung leiten. Sein „Verbrechen“ sollte darin bestehen, daß er gegen den Buchstaben der Bestimmungen verstoßen hat, d. h., daß die verschiedenen Zuweisungen teilweise über sein Befugnis hinausgingen. Er hatte nie zu seinem persönlichen Vorteil gearbeitet, sondern er hat in der Situation, die schnelles und entschlossenes Handeln forderte, sich über kleinliche bürokratische Bedenken hinweggesetzt.

Soweit der klare Sachverhalt, der hundertprozentig auch vom Gericht anerkannt wurde.

Es liegt uns fern, in das kommende Revisionsverfahren in irgend einer Form eingreifen zu wollen, jedoch hat der Verlauf des Prozesses, bei dem sich das Gericht wie auch der Oberstaatsanwalt (wir sind von Staatsanwälten im allgemeinen dies nicht gewohnt) in anerkennenswerter Sachlichkeit um die Aufklärung des Tatbestandes bemüht, Momente gezeigt, die blitzartig die Kräfte beleuchten, die imstande waren, ein solches Verfahren gegen einen Antifaschisten zu starten.

Hier nur einige dieser Schlaglichter.

Das Landesernährungsamt hatte überhaupt keinen Strafantrag gestellt, sondern lediglich eine disziplinarische Abmahnung vorgeschlagen. Trotzdem erfolgte von einer Seite ein Strafantrag. Von wem? Vielleicht kann uns diese Frage der damalige Leiter des Kreisernährungsamtes

Baron Freiherr von Gnanth (CDU) beantworten, der sich vom Vorsitzenden die Zurechtweisung, daß

seine Aussagen wenig objektiv seien, ins freireichliche Stammbuch schreiben lassen mußte.

Umhey als gelerntem Kaufmann warf man vor, daß er für dieses Amt keine Vorbildung gehabt hätte. Brachte diese Vorbildung vielleicht Herr von Gnanth, der Ingenieur ist, mit? Der Sachverständige betonte ausdrücklich, daß kein Unterschied zwischen einer kaufmännischen und verwaltungsmäßigen Buchführung sei, und daß die Hauptschuld das verzeigte Kreisernährungsamt, also wieder Herr von Gnanth trage. Und wenn weiter ein Mann aus dem Zuhörerpublikum, empört über die mehr als gefärbten Aussagen Gnanths diesem Herr vor dem Gerichtsaum ins Gesicht schleuderte,

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Im Schlußwort führte der Oberstaatsanwalt aus:

„Umhey hat sich durch seine soziale Einstellung und sein soziales Gefühl strafbar gemacht“

Urteil: 3000,- Mark Geldstrafe, verbüßt durch zwei von erlittene drei Monaten Untersuchungshaft.

Wir fragen:

Ist wirklich soziale Einstellung und soziales Gefühl strafbar?

Die Revisionsverhandlung wird hierüber befinden, das Urteil der Öffentlichkeit ist längst gesprochen.

Niemals vergessen - Wachsam sein

Zum zweiten Male nach der Befreiung trafen sich am 18. Mai die Verfolgten des Naziregimes in Stuttgart zu ihrem Landestreffen.

Die aus den Höhlen der Konzentrationslager noch „Davonkommenen“ sind der lebende Beweis dafür, daß eine deutsche Widerstandsbewegung existierte.

Hundert von Deutschen sind allein in Württemberg-Baden wegen ihres Widerstandes gegen das Naziregime hingerichtet worden. Ueber 6000 Jahre KZ und Zuchthaus wurden gegen die Opfer des Faschismus verhängt.

Ausgehend von der Feststellung der tatsächlichen Existenz der deutschen Widerstandsbewegung forderte Redakteur Will Bohm beim großen Festakt im Staatstheater, daß genau wie im KZ, auch jetzt

Etwas bleibt immer hängen

„Neue Zeitung“ München vom 2. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. Leipzig. (A. P.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

Nach 14 Tagen wird endlich eine Falschmeldung berichtet, obwohl bereits am Tage des Drucks der „Neuen Zeitung“ bekannt ist, daß die Meldung nicht zutrifft. Von 100 Lesern werden 99 nach 14 Tagen nicht mehr wissen, was eigentlich dementiert wird. Die Falschmeldung hat inzwischen ihre Wirkung getan, „etwas“ bleibt immer hängen und das ist auch der Zweck der Sache.

„Neue Zeitung“ München vom 16. Mai 1947:

Verstorbener Streikversuch. München. (N. Z.) Die in Nr. 35 der „Neuen Zeitung“ gebrachte Meldung der A. P. -Agentur „Verstorbener Streikversuch“ wurde von dieser zurückgezogen, nachdem unsere Zeitung bereits ausgegeben war. Wir geben nachträglich hiervon Kenntnis und genügen damit gern einer selbstverständlichen journalistischen Anstandsspflicht.

alle Verfolgten des Naziregimes ohne Unterschied der Partei und des Religionsbekenntnisses und über die Grenzen der Zonen hinweg einig sein müssen im Kampf gegen die Ueberreste des Faschismus.

Die reaktionären Kräfte, die Träger des faschistischen Systems, sind auch heute wieder am Werk, um das deutsche Volk neuen Katastrophen entgegenzuführen.

Die Verfolgten des Naziregimes, die müdigsten und unerschrockensten Kämpfer gegen das verbrecherische Hittersystem, müssen auch heute in

Warum kein Zusatz für Angestellte?

Neue Bestimmungen für gewerbliche Arbeitszulagen wurden durch den Erlaß III b 2 - 802/47 des Landwirtschaftsministeriums festgelegt. Und wo bleiben die Angestellten? Auch sie sind in einer Lage, die ihnen kaum erlaubt zu leben, geschweige denn zu arbeiten. Der neue Erlaß hat ihre Hoffnungen auf Berücksichtigung ihrer Lage und meist anstrengenden Tätigkeit wiederum enttäuscht. So kann auch der kauf-

männische und technische Angestellte nicht mehr leben und arbeiten! So geht es nicht weiter! Denken wir an das Wort des Dichters:

... doch auch dessen, der mit Schädell und mit Hirn mühsam pflügt, sei nicht vergessen.

Und so kämpfen wir in diesem Geist für die Durchsetzung der berechtigten Interessen auch der Angestellten.

Der Weg zum Sozialismus

Von Otto Grotewohl

Auf einer Pressekonferenz wurde die Frage an uns gerichtet, worin der Unterschied zwischen der Kommunistischen und der Sozialistischen Einheitspartei bestehe. Diese Fragestellung im Zusammenhang mit der Verschmelzungsbestrebungen der Arbeiterparteien ist unrichtig. Sie muß lauten: Welche Unterschiede sind zwischen den drei Arbeiterparteien vorhanden und welche Schlüsse sind für die Vereinigung der Parteien daraus zu ziehen? Von hier aus findet man die wahren Gründe, die die Politik der Sozialistischen Einheitspartei rechtfertigen und ihre Vereinigungsbestrebungen begründen.

Die deutsche Arbeiterklasse darf in ihrer politischen Organisation nicht wieder den Weg von 1918 bis 1933 gehen. Sie muß vielmehr einen neuen Weg beschreiten. Es ist weder der Weg der früheren reformistischen Sozialdemokratischen Partei noch der Weg der Kommunistischen Partei, deren revolutionäre Kampfmethoden mit den damaligen sozialen Bedingungen nicht im Einklang standen.

Die Sozialistische Einheitspartei hat in ihren Grundsätzen und Zielen

aus der gegenwärtigen Situation Deutschlands die richtige Erkenntnis gezogen, daß mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage die Möglichkeit gegeben ist, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Darum erstrebt die Sozialistische Einheitspartei den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt. Hierin liegt der Unterschied zwischen der Sozialistischen Einheitspartei und der alten Sozialdemokratischen und der alten Kommunistischen Partei. In dieser Formulierung liegt auch gleichzeitig die programmatische Einigungsformel, die das Zusammengehen der Kommunisten und der Sozialdemokraten in der Sozialistischen Einheitspartei ermöglicht.

Das Chaos in der Wirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

sieren den Ausverkauf und die kapitalistische Ueberfremdung des westlichen Deutschlands.

Das Bankhaus Schroeder ist wieder in Aktion. In der amerikanischen Zone wurde abgelehnt, die öffentliche Hand als Käufer des in einzelne Werke zerlegten IG-Farbenkonzerns zuzulassen. Schweizer Firmen, abhängig vom amerikanischen Chemiestruktur Du Pont oder vom IG-Farbenkonzern selbst, sind die Interessenten und Käufer. Ausländisches Monopolkapital an Stelle des deutschen „Entflechtung“ zum Zwecke neuer Verflechtung auf internationaler Grundlage.

Noch mehr Fäden sind gesponnen. Die Morgan-Bank, die den Stahltrust von Pittsburg und andere Riesenkonzerne kontrolliert und mit Kardinal Spellman in Geschäfts- und Zweckverbindung steht, hat ihre Hände nach Deutschland ausgestreckt. Köln und München bieten

die Ansatzpunkte. Es ist kein Zufall, daß die Reaktion in Europa und besonders stark in Deutschland kirchliche Züge trägt. Es ist ebensowenig Zufall, wenn die Dinkelbach und Pferdenges dazwischen stecken.

Die Stahlmagnaten Lothringens sind nicht unglücklich geblieben. Die deutsche Wirtschaft ist eine verlockende Beute, die Anstrengungen bezahlt macht. Churchill und Vansittart, die verbissenen Fechter für eine Zerreißung Deutschlands, die dabei unter der Parole der „Vereinigten Staaten Europas“ für den Westblock agieren, sind in ihrem Tun von den

Engels, die in den 100 Jahren seit ihrem Entstehen in allen Sprachen der Welt übersetzt und über den ganzen Erdball verbreitet worden sind, nicht zu Gesicht bekommen, es sei denn, ein Unentwegter schmuggelt sie -

welch eigenartige Kontrabande - aus den demokratisch fortgeschrittenen Gebieten Deutschlands über eine unserer inneren deutschen „Grenzen“ zu uns ein. Die Einheit Deutschlands, eine wirkliche Demokratisierung unseres Lebens in allen Zonen, erweist sich auch unter diesem Gesichtspunkt als zwingende Notwendigkeit. Wie grotesk ist doch der Zustand, daß wir die Schriften bekannter deutscher Politiker, die zu brennenden Lebensfragen unseres Volkes Stellung nehmen, im Westen Deutschlands nur vom Hörensagen kennen. Hoffen wir, daß bald alle Zonengrenzen fallen und das deutsche Volk ein Leib, ein Geist sein wird.

Otto Grotewohl: „Deutsche Verfassungspläne“

Von Otto Grotewohl erschien im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin, das Büchlein „Deutsche Verfassungspläne“ (112 Seiten, broschiert, RM 1,50) mit Anhang „Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik“. Die Schrift ist ent-

standen aus Rundfunkvorträgen und -gesprächen und aus der weiteren Diskussion über den Verfassungsentwurf der SED, an der sich Parteien, Gewerkschaften und demokratische Organisationen, Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler und Forscher, Künstler und Menschen aller Schichten beteiligt haben. Ausgehend von den Mängeln und Schwächen der Weimarer Republik zieht Grotewohl die Lehren aus der deutschen Staatsentwicklung und zeigt, welche Gestalt und welchen Inhalt eine wahre Demokratie in unserer Zeit, in der das Volk selber regiert, haben muß. Historische Bedingtheit, die Lehre von der Dreiteilung der Gewalt wird aufgezeigt und als ungeeignet für den Aufbau einer wahren Demokratie nachgewiesen. Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz sind nicht mehr länger selbständige Gewalten im Staate; sondern alle Gewalt geht vom Volke aus. Alles mit dem Volk, für das Volk, durch das Volk

Herabgegeben von der Landesbibliothek in Stuttgart, S. 3, 30. Verantw. (Hr.): Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 43230. Auflage: 60.000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-5. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10, 4, 46.

Deutschland Rundschau

Keine Einzelgenehmigung in die britische Zone erhielten die Vorsitzenden der SED Pleck und Grotewohl, die auf einer öffentlichen Versammlung in Solingen sprechen wollten.

32-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich fordert die Belegschaft der Deutschen Werft in Hamburg wegen der gegenwärtigen unzureichenden Ernährung.

29 Prozent aller Arbeitsverhältnisse in München sind Scheinarbeitsverhältnisse, wie sich aus Stichproben des Arbeitsamtes ergab.

Umgestaltung und Reibung der Bremer Gerichte und Hinzuziehung von Laienrichtern hat die Bremer Bürgerschaft (Stadtrat) einstimmig beschlossen, um Justizskandale, wie anlässlich des milden Urteils gegen die beiden Judenmörder, in Zukunft zu verhindern.

40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und Beibehaltung der Zulagekategorie fordern die Betriebsräte der Stuttgarter Betriebe, weil bei der jetzigen Ernährung der Arbeiter ein Scheinarbeitsvertrag nicht zugemutet werden kann.

58 223 Tonnen Holz sind bisher nach England, Frankreich, Schweden und Dänemark in den Hauptquartieren der britischen Rheinarmee.

12 000 Jugoslawen werden von Italien in die Westzonen Deutschlands überführt. Unter den Jugoslawen befinden sich zahlreiche Kriegsverbrecher und faschistische Elemente.

Neue größere Entlassungen von deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion stehen bevor. Es wird empfohlen, seine Schutzbefehlshaber in den Südkursen für vermehrte Deutse, Berlin W 8, Kanonierstraße 35, zu richten, um den Heimkehrern, deren Familien ihre Adresse geändert haben, die neue Anschrift zu vermitteln.

In Stuttgart-Cannstatt streikten die Belegschaften der Mercedes-Fabrik und der Norma gegen die unzureichenden Lebensmittelrationen.

„Verschwörung der Gleichen“

Vor 150 Jahren, am 27. Mai 1797, starb auf der Guillotine ein Mann, der in der großen französischen Revolution die Forderungen des werdenden modernen Proletariats aus sprach und vertrat und dessen Name, Gracchus Babeuf so will es scheinen, allzu sehr in das Dunkel des Vergessens versank. Gracchus Babeuf. Und dennoch wurde aus dem Schatten, der ihn noch umgibt, jenes Licht ohnegleichen geboren, welches ein Sechstel unseres Erdballs überstrahlt.

Wenn auch, so schreibt Friedrich Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, im großen und ganzen das Bürgertum beanspruchte, im Kampf mit dem Adel gleichzeitig die Interessen der verschiedenen Klassen jener Zeit mitzuvertreten, so brachen doch bei jeder großen bür-

gerlichen Bewegung selbständige Reaktionen der Klasse hervor, die die mehr oder weniger entwickelte Vorgängerin des modernen Proletariats war. Waren es in der deutschen Reformations- und Bauernkriegszeit die Wiedertäufer und Thomas Münzer, in der großen englischen Revolution die Levellers, so ist mit der revolutionären Schilderhebung einer noch unfertigen Klasse in der großen französischen Revolution der Name des Gracchus Babeuf leuchtend hervorgetreten.

Der Name des Babeuf ist unlösbar verbunden mit seinem Unternehmen jener berühmten „Verschwörung der Gleichen“, welche den Sturz der damaligen, immer reaktionärer werdenden bürgerlich-republikanischen Regierung und die Schaffung eines kommunistischen Staates zum Ziel hatte. Durch den Verrat eines Mitverschworenen scheiterte der Aufstand, und Babeuf wurde nach einem längeren Prozeß guillotiniert. Seine Freunde, darunter Sylvain Maréchal, der das „Manifest der Gleichen“ verfaßte, und Buonarroti, welcher die Geschichte der Verschwörung geschrieben hatte, wurden deportiert.

Selt dem Thermidor hatte Babeuf erkannt, daß die reaktionären Kräfte des Direktoriums die Revolution und die Republik ersticken wollten. Babeuf

wollte aber die Errungenschaften der französischen Revolution nicht nur erhalten, sondern sie weiter vorwärts treiben und eine wahre Gleichheit der Bürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern in der Tat schaffen. Klar und vernehmlich gab er in seiner Zeitung „Le Tribun du Peuple“ („Der Volkstribun“) seiner Erkenntnis Ausdruck, daß die wahre Republik nur jene sei, „wo das ganze Volk Sitz und Stimme habe... wo das Volk, welches kein Geld hat, keinesfalls jenen nachstehe, die welches haben.“

Jahrzehnte noch wirkte in Frankreich die Lehre des Babeuf weiter, und die Babouvisten, wie man sie nannte, fanden noch im Jahre 1830 in Barbès-Blanqui, dem Gründer der sozialistischen revolutionären Blanquistenpartei, einen namhaften Vertreter.

Wenn auch die Lehren des Babouvismus viel Unentwickeltes, Kindliches und Utopisches enthalten, so bleibt deswegen trotzdem wahr, daß sie einen ersten Schritt zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darstellen und daß sie dem Volk beweisen, daß es sich selbst befreien muß, um eine bessere Zukunft zu erlangen.

Gracchus Babeuf, diese große und anziehende Gestalt der französischen Revolution, von dem das schöne Wort

Unter der Lupe

Eschelbach Hüter der Demokratie

Wie nicht anders zu erwarten, hat das von uns getätigte Interesse an Herrn von Gerstenberg

einige der genannten Personen zur Erinnerung veranlaßt. Der Hauptschuldige selbst aber und das Arbeitsamt Sinsheim haben bisher geschwiegen. Herr Vizepräsident Walz kann sich nun auf einen Hinweis von Gerstenberg bezüglich nicht entsinnen. Es sei uns deswegen gestattet, dem Gedächtnis etwas nachzuholen.

Im November 1945 erklärte der Bürgermeister von Eschelbach, daß er von Bürgermeister Walz in Heidelberg benachrichtigt worden sei, daß er für eine Frau von Gerstenberg mit ihren drei Kindern eine gute Unterkunft zur Verfügung stellen solle. Herr Walz kennt Herrn von Gerstenberg nicht, aber vielleicht ist ihm der Name

von Heildorf etwas geläufiger, denn Frau von Gerstenberg ist eine geborene von Heildorf und nach ihren eigenen Angaben mit Herrn Walz verwandt.

Kurz vor dem Einzug der Frau von Gerstenberg besichtigte sie in Begleitung ihrer Schwägerin die Räume, und diese Schwägerin als Zeugin des Auftrags von Bürgermeister Walz vorgestellt. Aufklärung hierin zu schaffen, dürfte nun Angelegenheit von Herrn Walz sein, die er hiermit zur Verfügung öffentlich zur Verfügung stellen.

Eine Zwischenfrage: Stimmt es, daß Heinrich von Gerstenberg ebenfalls ein geborener Heildorfer und ein Erbe der Erbschaft eines großen Gutes auch den Namen von Gerstenberg miterbt?

Und nun zu dem Schreiben des Bürgermeisters, der sich als „Hüter der Demokratie“ auspricht, und in seinem Schreiben etwas von „Rasseverfolgung“ feststellen möchte.

Herr Bürgermeister! Ihre Feststellung, daß die Zuzugenehmigung für die Familie Gerstenberg von Strassburg aus Bock genehmigt worden ist, trifft völlig daneben. Der von uns zitierte Herr von Gerstenberg, dessen Familie allerdings 1945 nach Eschelbach gekommen ist, erschien zuerst im Frühjahr 1946. Aber das Kostlichste ist, daß Sie, als Gralshüter der Demokratie, folgenden Satz sagen:

„Daß der Familie eine Empfehlung mit auf den Weg gegeben wurde, ist nichts Außergewöhnliches, sondern eine Sitte, die auf der ganzen Welt als Zeichen des Wohlwollens Anwendung findet.“

Wir überlassen es der demokratischen Öffentlichkeit, darüber zu urteilen, inwieweit ein politisch belasteter Mann, dessen Güter in der Ostzone wegen seiner politischen Belastung enteignet worden sind, Anspruch auf außergewöhnliche Wohlwollen durch den „Hüter der Demokratie“ in den Westzonen finden soll.

wollte aber die Errungenschaften der französischen Revolution nicht nur erhalten, sondern sie weiter vorwärts treiben und eine wahre Gleichheit der Bürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern in der Tat schaffen. Klar und vernehmlich gab er in seiner Zeitung „Le Tribun du Peuple“ („Der Volkstribun“) seiner Erkenntnis Ausdruck, daß die wahre Republik nur jene sei, „wo das ganze Volk Sitz und Stimme habe... wo das Volk, welches kein Geld hat, keinesfalls jenen nachstehe